

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding,
Nicola Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/6265 –**

Innovationsbrücke bauen zwischen Hochschule und Praxis – Die Deutsche Transfergemeinschaft

A. Problem

Deutschland verfügt zwar über ein differenziertes Forschungs- und Innovations-system, der Transferkanal aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und Gesellschaft ist jedoch deutlich unterentwickelt. Zu oft wird in Deutschland noch für die Erkenntnis an sich geforscht. Zu selten wird geprüft, ob eine Erkenntnis auch einen Nutzen stiften kann. Zwar gibt es bereits transferorientierte Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), jedoch keine übergreifende Struktur.

B. Lösung

Gefordert wird die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG), die den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft institutionalisiert. Diese soll als dauerhafte Institution mit personeller und finanzieller Substanz unter gemeinsamer Federführung von BMBF und BMWi geschaffen werden. Die DTG soll unabhängig agieren können und als Selbstverwaltungseinrichtung Erkenntnistransfer aus der Wissenschaft in die praktische Anwendung durch Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), als zentraler Ansprechpartner fördern.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/6265.

D. Kosten

Zunächst soll ein hoher dreistelliger Millionenbetrag aus bereits bewilligten Transferförderungsprogrammen zur Verfügung gestellt werden. In der Endbaustufe soll das Budget mindestens 1 Milliarde Euro pro Jahr betragen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/6265 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2019

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Andreas Steier
Berichterstatter

Dr. Manja Schüle
Berichterstatterin

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Andreas Steier, Dr. Manja Schüle, Dr. Michael Ependiller, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/6265** in seiner 77. Sitzung am 31. Januar 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sind der Ansicht, dass Deutschland zwar über ein differenziertes Forschungs- und Innovationssystem verfüge, der Transferkanal aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und Gesellschaft jedoch deutlich unterentwickelt sei. Dies gelte sowohl für Forschung an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an den Universitäten als auch für den Transfer angewandter Forschung aus allen Hochschulen in die häufig mittelständisch geprägten Regionen hinein.

Zu oft werde in Deutschland noch für die Erkenntnis an sich geforscht, ohne zu prüfen, ob eine Erkenntnis auch einen Nutzen stiften könne. Zudem würden Forschungsleistungen bisher stark in einen Zusammenhang mit den ihnen zugrundeliegenden Mitteln (Input) gestellt, anstatt prioritär und systematisch auf Ergebnisse (Output) abzustellen.

Zwar gebe es bereits transferorientierte Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), jedoch keine übergreifende Struktur. Die Förderung der angewandten Wissenschaft stehe zudem vom finanziellen und strukturellen Unterbau, Umfang und Niveau in keinem Verhältnis zu den klassischen Förderungen im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der außeruniversitären Forschung.

Daher wird die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) gefordert, welche den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft institutionalisieren solle. Die Idee einer Transfergemeinschaft werde seit längerem breit diskutiert und von der Mitgliedergruppe der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz und insbesondere der Hochschulallianz für den Mittelstand unterstützt. Selbst im Koalitionsvertrag werde vage über eine Transfergemeinschaft gesprochen.

Nach Ansicht der Antragsteller soll die DTG unabhängig agieren können und als Selbstverwaltungseinrichtung Erkenntnistransfer aus der Wissenschaft in die praktische Anwendung durch Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft, insbesondere Kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) fördern. Kooperationen der Wissenschaft mit den Bereichen Politik und Verwaltung sowie Kultur und Zivilgesellschaft sollen ebenfalls möglich sein. Die DTG soll sowohl technologische als auch soziale Innovation unterstützen.

Zum Anfang solle ein hoher dreistelliger Millionenbetrag zur Verfügung stehen, der sich aus den Mitteln für die bisherigen Transferförderprogramme aus Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesministerium für Wirtschaft zusammensetzte und sukzessive gesteigert werden solle. In der Endausbaustufe solle das Budget mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr betragen.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern,

die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) zur Institutionalisierung des Transfers von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft zu beschließen, die u. a. wie folgt aufgebaut sein solle:

– Organisation/Governance

Die DTG solle unabhängig und selbständig aufgestellt sein. Entweder von Beginn an oder nach ihrer Ausgründung im Anschluss an eine mögliche Anfangsphase unter gemeinsamer Federführung von BMBF und

BMWi solle sie – wie auch die DFG – als eingetragener Verein eingerichtet werden. Die DTG solle als Selbstverwaltungseinrichtung Erkenntnistransfer aus der Wissenschaft in die praktische Anwendung durch Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft, insbesondere KMUs, fördern, um Innovation in Deutschland voranzubringen. Kooperationen der Wissenschaft mit den Bereichen Politik und Verwaltung sowie Kultur und Zivilgesellschaft sollten ebenfalls möglich sein. Die DTG solle sowohl technologische als auch soziale Innovation unterstützen. Über Förderanträge sollten politisch unabhängige Gremien entscheiden, in denen die Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft angemessen vertreten sein sollten.

– Instrumente/Förderprogramme/Transferstrukturen

Als Voraussetzung für eine Förderung von Projekten über die DTG solle mindestens eine inländische Hochschule oder eine Professorin oder ein Professor gemeinsam mit einem Unternehmen oder einer zivilgesellschaftlichen Organisation als Projektpartner beteiligt sein. Die Förderung solle themenoffen erfolgen, vor allem neue Produkte und Services umfassen und eine klare Fokussierung auf Projekte der angewandten Forschung aufweisen. Zudem sollten Hochschulen eigene Transferstrategien entwickeln, welche mit konkreten Konzepten und Zielen verbunden sein sollten. Bisherige Förderprogramme wie „KMU innovativ“, „ZIM“ oder die „IGF“ sollten in der DTG aufgehen. Für Forschungsleistungen innerhalb einzelner Unternehmen oder Unternehmensverbände ohne die Beteiligung einer Hochschule sei zukünftig die steuerliche Forschungsförderung die richtige Maßnahme. Die Bundesregierung müsse bei der Ausgestaltung der steuerlichen Forschungsförderung sicherstellen, dass Doppelförderungen ausgeschlossen werden.

– Vernetzung/Kommunikation

Die DTG solle Hochschulen mit einem anwendungsorientierten Profil, die mit der regionalen Wirtschaft nachweislich gut vernetzt seien, bei weiteren Formen der Zusammenarbeit unterstützen. Dazu könnten Co-Working Spaces, offene Labore sowie Austauschprogramme von Mitarbeitern der beteiligten Projektpartner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft genutzt werden. Möglichkeiten, Entwicklungen und Beispiele des Transfersystems sowie die Angebote der DTG als One-Stop-Shop für Transfer sollten insbesondere in der Anfangsphase offensiv und öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden, damit potentielle Projektpartner die Angebote schnell kennenlernten und nutzen könnten.

– Evaluierung

Prozesse ebenso wie die Ergebnisse sollten kontinuierlich evaluiert werden. Ziel sei es, Ergebnisse vergleichbarer zu machen und stärker auf die Erfolgsquote im Transferbereich insgesamt zu fokussieren. Auch die DTG als Institution müsse evaluiert und auf mögliche Verbesserungen überprüft werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/6265 in seiner 34. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/6265 in seiner 33. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/6265 in seiner 40. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/6265 in seiner 29. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 22. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6265 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Die **Fraktion der FDP** weist eingangs darauf hin, dass es bei dem Thema „Transfer“ Konsenslinien mit mehreren Fraktionen gebe. Die Fraktion der SPD habe in der Plenardebatte gesagt, sie freue sich über die Debatte und über die Aussprache im Ausschuss. Dies sei ein Zeichen, dass das Grundanliegen des Transfers geteilt werde. Die SPD-Fraktion habe auf der Transferkonferenz der Hochschulallianz für den Mittelstand offen ihre Unterstützung signalisiert und in der Plenardebatte darauf hingewiesen, dass man sich damit im Koalitionsvertrag nicht habe durchsetzen können. Auch mit der Fraktion DIE LINKE. sei man sich einig, dass der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern sei und dass es nicht nur um den Transfer in die Wirtschaft gehe, sondern – wie im Antrag beschrieben – um Kooperationen der Wissenschaft mit den Bereichen Politik, Verwaltung, Kultur und Zivilgesellschaft. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ebenfalls unterstrichen, dass man mehr Transfer brauche und der Antrag zur Deutschen Transfergemeinschaft in die richtige Richtung gehe. Die Fraktion der AfD hingegen habe nicht verstanden, worum es bei dem Thema gehe. Sie habe sich mit den bisherigen Förderströmen, die aus zwei Verwaltungsapparaten mit großen Personalkörpern heraus gestaltet würden, nicht richtig beschäftigt und daher nicht verstanden, dass die FDP-Fraktion über eine Vereinfachung in einer Organisationsform gesprochen habe.

Die Fraktion der FDP betont, dass es mehr Transfer und dafür passende Strukturen und Prozesse brauche. Auch im Koalitionsvertrag stehe, dass der Transfer als zentrale Säule des Forschungs- und Innovationssystems nachhaltig gestärkt und substantielle Steigerungen erreicht werden sollten. Leider werde seitens der Großen Koalition viel gesprochen, aber es sei zu diesem Thema noch nichts passiert.

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) würden dieses Thema sehr konstruktiv aufnehmen und seien bereit, Gespräche zu führen. Auf den Förderlandkarten der AiF sehe man, dass das große Problem der AiF darin liege, dass es deutschlandweit zu viele große, für Förderung unerschlossene Flecken gebe und dass man bei diesem Thema nicht umfassend nach vorne komme. Bei den Kooperationsprojekten des Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) sei dies ähnlich. Es gebe die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) seit 1957 und das ZIM sei 2008 gestartet. Offensichtlich habe das ZIM jedoch nicht die Traktion bekommen, um das Thema Transfer breitflächig voranzutreiben.

Die von der FDP-Fraktion geforderte Transfergemeinschaft sei ein Vorschlag, der weder Reparaturbetrieb für Unternehmen noch Elfenbeinforschung für die Hochschulen bedeute. Bei den ca. 250 Hochschulen mit Anwendungsorientierung seien die Wege gezeichnet, um das Thema flächendeckend zu forcieren. Die Hochschulrektorenkonferenz habe sich am 13. März 2019 mit diesem Thema beschäftigt und eine Presseerklärung zu ihrer Entschließung herausgegeben, in der sie ein Förderprogramm Anwendungsorientierte Forschung fordere. Dieses sei zwar noch etwas hochschulorientiert, aber in vielen Gesprächen sei eine Offenheit zu erkennen, über neue Wege zu debattieren.

Aufgrund der vielen positiven Signale bittet die Fraktion der FDP darum, das wichtige Transferthema konstruktiv in die Hand zu nehmen und tatsächlich zu einer besseren Lösung zu kommen als zu dem, was heute separat im BMWi und BMBF mit den entsprechenden Verwaltungskörpern existiere. Hier gebe es klügere, interministerielle Lösungen, die dann im nächsten Schritt auch in die Selbstverwaltung einer deutschen Transfergemeinschaft überführt werden könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass die Große Koalition beim Thema „Transfer“, welches im Koalitionsvertrag an mehreren Stellen Erwähnung finde, eng zusammenstehe. Die Fraktion der CDU/CSU ist der Ansicht, dass das Instrument einer zusätzlichen Behörde, einer zusätzlichen Transfergemeinschaft, das falsche sei. Beim Thema „Innovationsbrücke“ solle man schauen, welchen Innovationsindikator Deutschland habe. Dieser sei Ende des letzten Jahres vom BDI mit dem Fraunhofer-Institut erstellt worden und zeige, dass Deutschland ein starkes,

innovationskräftiges Land sei und dass es Teilbereiche gebe, bei denen man nachbessern müsse. Diese Teilbereiche betreffen kleine, mittelständische Unternehmen, dynamische Entwicklungsprozesse und Innovationsprozesse. Hier müsse man nachsteuern, insbesondere auch im Konsumerbereich und im digitalen Bereich. Auch bei neuartigen Innovationen, die Sprungpotential hätten, müsse man nachbessern.

Gerade die kleinen, mittelständischen Unternehmen erreiche man dadurch, dass man die steuerliche Forschungsförderung bei ihnen ansetze und Freiheiten schaffe. Dies führe dazu, dass Unternehmer wüssten, dass sie entsprechend entwickeln und forschen und von Universitäten Auftragsforschung beauftragen könnten.

Die Fraktion der CDU/CSU führt zum Thema „neuartige Innovationen“ aus, dass man gerade eine Agentur für Sprunginnovation aufbaue und keine parallelen Strukturen geschaffen werden sollten. Vielmehr sollten die Strukturen gefördert werden, die man aufbaue und in die man Know-how hineinstecke.

Die Fraktion unterstreicht, dass das Thema „Transfer bei den großen Forschungseinrichtungen“ ein zentrales Thema sei. Dies betreffe auch die Aushandlung des Paktes für Forschung und Innovation. Hier setze man genügend Schwerpunkte, um das Thema „Transfer“ missionsspezifisch anzusprechen, damit ein Transfer aus den Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft erfolge. Dabei werde missionsspezifisch geschaut, was Grundlagenforschung sei und wie man auch die angewandte Forschung entsprechend weiter entwickeln könne. Dafür wolle man ein Anreizsystem schaffen, welches durch Evaluierung periodische Nachbesserungen ermögliche.

Die CDU/CSU-Fraktion weist darauf hin, dass Hochschulen primär in Länderverantwortlichkeit lägen. Im Bundesrat habe es ein Votum zur Transfergemeinschaft gegeben, wobei sich sechzehn Länder gegen die Transfergemeinschaft ausgesprochen hätten. Man sei bei dem Thema auch auf die Bereitschaft der Länder angewiesen, da man sonst etwas beschließe, was anschließend in den Ländern nicht umgesetzt werde. Die Fraktion plädiert daher dafür, die Unternehmen vor Ort bei Ausgründungen zu stärken und Entwicklungspotentiale zu heben. Sie weist diesbezüglich darauf hin, dass Luxemburg das House of Startups (HoST) gegründet habe, um Entwicklungspotential zu heben. Auch dies geschehe regional gebunden, weshalb er einer übergeordneten Bundesbehörde kritisch gegenüberstehe. Durch eine zusätzliche Bundesbehörde entstehe nicht mehr Bewegung, die Bewegung müsse vielmehr aus den Unternehmen kommen. Daher müsse man den Unternehmergeist vor Ort stärken, was nicht durch die Gründung einer Bundesbehörde bewirkt werde.

Die Fraktion der CDU/CSU hält fest, dass das Thema Transfer ein zentrales Thema sei, über das man weiter diskutieren müsse. Den Antrag der FDP-Fraktion lehne sie ab.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, dass es in Deutschland in Hinblick auf die vielzählige Forschung an den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen tatsächlich ein Problem mit dem Transfer gebe. Sie weist die FDP-Fraktion darauf hin, dass diese die Argumentationslinie der AfD-Fraktion nicht verstanden habe.

Die Fraktion der AfD erachtet den Ansatz FDP-Fraktion, eine neue Behörde zu gründen, die regelmäßig Patente rausgebe, für Planwirtschaft. Der Ansatz der AfD-Fraktion sei marktwirtschaftlicher, da die Wirtschaft stärker involviert werden solle und man mehr deregulieren wolle. Auf Seite 221 des EFI-Berichts könne man nachlesen, dass die Bundesländer, die stark in der Forschung und Entwicklung seien – Bayern und Baden-Württemberg –, dies einem starken Privatsektor zu verdanken hätten. Auch Japan, welches einen starken Privatsektor in der Forschung und Entwicklung habe, sei an dieser Stelle im Bericht aufgeführt und weise relativ hohe Patentproduktionszahlen auf. Die AfD-Fraktion wolle daher die Wirtschaft deregulieren, um die Potentiale am Markt zu nutzen.

Die AfD-Fraktion begrüßt, dass die FDP in ihrem Parteiprogramm vorschlage, steuerfinanzierte Forschungsergebnisse der Open-Access-Politik zu unterwerfen. Wenn der Staat etwas bezahle, dann solle die Gesellschaft auch davon profitieren. Aus dem Antrag der FDP sei allerdings nicht ersichtlich, was mit den Patenten passiere, die aus DTG-Mitteln produziert würden. Hier bleibe die Frage offen, ob die Patente automatisch lizenziert würden oder der Patentschutz komplett entfalle. Die AfD wolle an dieser Stelle verhindern, dass der Staat zahle und die Privatwirtschaft den Nutzen habe.

Die **Fraktion der SPD** trägt vor, dass sie den Antrag ablehnen werde, da dieser nicht liberal genug sei. Die Fraktion der FDP wolle die Transfergemeinschaft entweder unter der Federführung von zwei Bundesministerien anbinden – darunter das BMBF, welches die Fraktion der FDP ständig kritisiere – oder aber sie wolle die Transfergemeinschaft als zusätzlichen Zweig der DFG implementieren, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, welche bisher 0,5 Prozent ihrer Antragsvolumina für die Fachhochschulen bereitstelle. Dies sei das komplette Gegenteil eines schlanken Staates, einer schlanken Forschungsstruktur.

Die SPD-Fraktion stimmt der Fraktion der FDP in dem Punkt zu, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung für die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Anwendung gebracht werden müssten, damit diese davon profitiere. Es dürfe in der Debatte keinen Gegensatz zwischen den Ausrichtungen Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung geben. Vielmehr benötige man beides. Neben der exzellenten Grundlagenforschung brauche man einen strukturierten und einfachen Zugang zu Kooperationen zwischen Fachhochschulen, Wirtschaft und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. In der Tat müsse man die Fachhochschulen wesentlich stärker als strategische Partner in den Blick nehmen.

Die Fraktion der SPD spricht sich generell als Befürworterin einer deutschen Transfergemeinschaft und des Gedanken des Transfers aus. Sie bedauere daher, dass sich die FDP-Fraktion der Regierungsverantwortung entzogen habe. Vielleicht gebe es in ferner Zukunft noch eine Möglichkeit, dem Thema der deutschen Transfergemeinschaft einen neuen Impuls zu geben. Die Fraktion der SPD hält fest, dass sie den Antrag ablehne, da dieser eindeutig zu stark an bestimmte Institutionen gebunden sei, woran kein Mehrwert zu erkennen sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkt an, dass man den Antrag der FDP-Fraktion nicht singulär, sondern im Kontext diskutieren und bewerten müsse. Zurzeit führe man die Debatte, wie Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen aufgestellt werden sollten. Es werde u.a. diskutiert, die bisherigen Rechtsformen von Hochschulen zu ändern, was ein Paradigmenwechsel bedeuten würde, weshalb die Fraktion DIE LINKE. vor diesem Hintergrund ein Problem damit habe.

Zudem müsse man den Antrag im Kontext der derzeitigen Ausstattung von Hochschulen und Universitäten diskutieren. Hier habe es einen Disput zwischen der Sicht des Abg. Sattelberger als „Industriepolitiker“ und der Abg. Sitte als „Wissenschaftspolitikerin“ gegeben. Zwischen diesen beiden Positionen müsse die Antwort liegen, da es um eine vernünftige Balance gehe. Derzeit sehe die Fraktion DIE LINKE. diese Balance in Gefahr und befürchte, dass eine Transfergemeinschaft die Gesamtsituation verschlechtern würde.

Die Fraktion führt an, dass man den Antrag zudem vor dem Hintergrund zu erwartender bzw. bereits vollzogener Beschlüsse des Bundestages diskutieren müsse. Sie nennt diesbezüglich die Agentur für Sprunginnovation, Wagniskapitalregelungen und die steuerliche Forschungsförderung. Auch hier habe die Fraktion DIE LINKE. das Gefühl, dass Hochschulen sich mehr und mehr von ihren Ursprungsaufträgen entfernten und die zuvor erwähnte Balance in Gefahr geraten könnte.

Darüber hinaus kritisiert die Fraktion, dass im Antrag gefordert werde, bisherige Transferprogramme, z.B. ZIM oder KMU innovativ, in der Transfergemeinschaft aufgehen zu lassen. Es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt – gerade aus der Perspektive von kleinen und mittelständischen Unternehmen und dem Erfolg, den diese Programmlinien haben – fahrlässig hier für Unsicherheiten zu sorgen. Diese böten relativ kleinen Unternehmen Vernetzung, Begleitung und Beratung, sodass eine Umstellung wiederum Verunsicherung bedeuten würde.

Abschließend geht sie darauf ein, dass ständig Wettbewerbe mit befristeten Programmen aufgelegt würden, die Professorinnen und Professoren mehr zu „Antragsmaschinen“ machten, als ihnen die Freiheit zu lassen, zu forschen. Sie gehe nicht davon aus, dass die „Antragsbürokratie“ bezogen auf die Einrichtung einer Transfergemeinschaft prinzipiell anders gestaltet werden könne, wenn aus dem öffentlichen Bereich heraus Steuermitteln zur Verfügung gestellt werden und daher entsprechende Nachweise für den vernünftigen Umgang mit den Mitteln erbracht werden müssen.

Aus diesen Gründen werde die Fraktion DIE LINKE. den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilt zunächst mit, dass sie den Antrag ablehnen werde, obwohl sie die Einschätzung teile, dass im Bereich Transfer ein großer Handlungsbedarf bestehe. Insbesondere der Bereich „KMU“ sei ein relevantes Handlungsfeld, da diese Unternehmen im Vergleich zu größeren Unternehmen bei der Innovationstätigkeit stagnierten oder sogar zurückgingen. Auch kleinere und mittlere Hochschulen könnten noch mehr Potential ausschöpfen, vor allem beim Aufbau von regionalen Clustern. Es sei entscheidend, regionale Innovationszentren zu stärken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezweifelt jedoch, ob der Antrag dafür das richtige Instrument sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass man sich gerade in einer Phase befinde, in der viele neue Vorschläge im Raum stünden, wie z. B. die Agentur für Sprunginnovation oder die steuerliche Forschungsförderung, die zum Teil schon beschlossen seien und die thematisch teilweise den Bereich des Transfers berührten. Insofern warte man gespannt auf die Vorschläge der Bundesregierung und müsse anschließend

schauen, welche Instrumente es noch zusätzlich brauche. Die Fraktion gibt zu bedenken, das ZIM und andere Programme in einer Transfergemeinschaft aufgehen zu lassen, weil diese als sehr erfolgreich wahrgenommen würden und es daher voreilig sei, diese einfach einzustellen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richtet den Blick auf die internationalen Beispiele, bezüglich derer man einen ähnlichen Ansatz wie die FDP-Fraktion verfolge. Hier nennt sie „Innosuisse“ „Nesta“ in Großbritannien und die schwedische Agentur „VINNOVA“. Die Fraktion regt an, sich diese internationalen Beispiele genau anzuschauen und im Ausschuss zu diskutieren, was davon auf das deutsche System passe.

Die Fraktion gibt zu bedenken, ob es eine eigene Organisationsform brauche, vor allem wenn diese aus Ministerien heraus entstehe. Zwar sei im Antrag vorgesehen, die Transfergemeinschaft später unabhängig zu machen, jedoch bleibe zu bezweifeln, ob diese am Ende wirklich dynamisch die Ziele verfolge, die man habe.

Sie merkt an, dass beispielsweise bei der Innosuisse nicht nur die Förderung der Einzelprojekte das Entscheidende sei, sondern auch die Einbindung von Personen, die beide Seiten kennen würden und die eine Brücke bildeten, indem sie aktiv die Kommunikation zwischen den KMU und den Hochschulen förderten. Es sei daher nicht unbedingt erforderlich, eine Transfergemeinschaft zu gründen. Vielmehr müsse man überlegen, wie man die Personen, die an den Hochschulen aktiv seien und die Kommunikation auch mit den KMU erleichterten, einbinden könne, sodass es für KMU eine Anlaufstelle gebe, die ihnen gute Kooperationsmöglichkeiten und Fördermaßnahmen aufzeige. Dies könne ein wichtiger Bestandteil sein, um den Transfer zu stärken.

Abschließend kritisiert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Aussage im Antrag, dass in Deutschland zu oft für die Erkenntnis an sich geforscht werde. Es bringe nichts, sich beim Thema Transfer gegen die Grundlagenforschung zu stellen. Auch aus diesem Grund werde die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** unterstreicht, dass der Antrag für die DTG zwar grundsätzlich drei verschiedene Möglichkeiten nenne. Erstens: eine eigenständige Transfergemeinschaft, zweitens: ein Zweig bei der DFG und drittens: eine gemeinsame Agentur unter Federführung von BMBF und BMWi mit dem Ziel einer späteren Ausgründung, wobei sie die mittlere Variante ablehne mit ähnlicher Begründung wie Herr Imboden. Zu dieser Variante werde auch eine kritische Einschätzung von Herrn Imboden angeführt, die er im Januar 2018 im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Hochschulallianz für den Mittelstand geäußert hatte. Dass die SPD-Fraktion dies zum Grund nehme, den Antrag abzulehnen, sei daher fälschlich argumentiert.

Die Fraktion der FDP begrüßt, dass die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nesta und VINNOVA angesprochen habe. Sie regt an, im Ausschuss die Vor- und Nachteile der einzelnen Organisationsformen herauszuarbeiten und festzustellen, was mittelfristig umsetzbar wäre.

Die **Fraktion der AfD** weist darauf hin, dass der Antrag der FDP fraktionsübergreifend als zu kompliziert und zu wenig liberal bewertet worden sei. Daher müsse die FDP nicht so verärgert auf die Kritik der AfD reagieren, sondern solle konstruktiv damit umgehen.

Berlin, den 20. März 2019

Andreas Steier
Berichterstatter

Dr. Manja Schüle
Berichterstatte

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatte

Dr. Anna Christmann
Berichterstatte

